

MICHAEL CHRAPA

Stärken und Schwächen der PDS im Wahljahr 2002

Die PDS hat sich im politischen System der Bundesrepublik etabliert. Sie ist die einzige linke Opposition im Bundestag, im Osten ist sie Regierungs- bzw. die stärkste Oppositionspartei. Vor diesen Konstellationen umreißt der Autor politische Risiken und fragt nach den Chancen der PDS bei der kommenden Bundestagswahl.

Seine Prämisse lautet: Auch für die PDS gibt es kein Naturgesetz ständig größerer Wahlerfolge: In Sachsen-Anhalt verlor die Partei rund 20 Prozent ihrer Wähler und mußte ihr jahrelang angestrebtes Projekt einer SPD-PDS-Koalition von der Tagesordnung nehmen.

In Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin muss die PDS den Test ihrer Koalitionen mit der SPD auf Landesebene im September erst noch bestehen. Die Bevölkerung wird darüber befinden, ob mit der PDS etwas anders und besser war als ohne sie.

Die PDS sollte über einen eigenen Politikstil nachdenken und ihre Handlungsfähigkeit wieder stärker an den Interessen der Menschen entwickeln. Eine veränderte Lage erfordert kein »Weiter so«, sondern einen Ausbau des Protestpotenzials, eine enge Verbindung mit sozialen Bewegungen.

*»Ich könnte Schill, die PDS und ATTAC wählen.
Schill ist mir zu weit rechts und
die PDS zu sehr angepasst.
ATTAC aber steht nicht zur Wahl.«
Aussage eines jungen Mannes
in Sachsen-Anhalt vor der Wahl April 2002*

Das Volk – der große Lämmel

Zwischen zwei Wahlen können Parteien, die es wieder einmal geschafft haben, glauben, sie seien ein Wert an sich. Sie können mit Eifer so genannte Sachzwänge exekutieren und/oder in harmonischer Einmütigkeit von

Eliten dem Volk verordnen, was dieses zu seinem Glück unbedingt braucht. Unvermeidlich kommt der kleine Mann von der Straße und mehr noch die Frau, die mit Kind und Arbeit gefordert ist, dann zu dem unschönen Eindruck über die Regierenden und die Parteien ganz allgemein: Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm. Herannahende Wahlen verängstigen die gewählten Vertreter des Volkes mit erfreulicher Regelmäßigkeit. Während in Diktaturen unklar ist, wann sich der »große Lämmel, das Volk« zu Wort meldet, haben Demokratien dafür feste Daten. In Deutschland ist es am 22. September wieder so weit. Die subalterne Bevölkerung verwandelt sich ein weiteres Mal in eine untreue, unsichere, unberechenbare Wähler- und vor allem Nichtwählerschaft. Für einen Tag hat sie zwar nicht das große Sagen, aber doch das Wort über die Zusammensetzung des politischen Personals der nächsten vier Jahre.

Die PDS ist angekommen in der Bundesrepublik. Auch für sie gibt es kein Naturgesetz ständig größerer Wahlerfolge. Um so mehr ihre Repräsentanten hineingewählt wurden in die so genannte Verantwortung, um so mehr stellt sich für die Wähler die Frage nach dem Gebrauchswert der PDS. In Sachsen-Anhalt hat die PDS rund 20 Prozent ihrer Wähler verloren und nur eine niedrige Wahlbeteiligung hat diesen Verlust verschleiert und ihr einen leichten relativen Gewinn beschert. Das von der PDS über viele Jahre angestrebte Projekt einer SPD-PDS-Koalition wurde von der Tagesordnung genommen.

In Mecklenburg-Vorpommern muss die PDS den Test ihrer ersten Koalition mit der SPD auf Landesebene im September erst noch bestehen. Dort wie auch jetzt in Berlin ist es nicht die PDS, sondern ist es die Bevölkerung, die darüber befindet, ob mit der PDS etwas anders und besser war als ohne sie. Es sind die bisherigen Erfolge der PDS, die unvermeidlich die Frage aufwerfen, wie sie den damit verbundenen Anforderungen gerecht geworden ist: Sie hat sich, für fast alle unerwartet, als Partei im politischen System der Bundesrepublik

etabliert. Sie ist gegenwärtig die einzige linke Oppositionspartei im Bundestag. Im Osten ist sie in zwei Ländern Regierungspartei, in den anderen Ländern die stärkste Oppositionspartei. Der Lümmel, das Volk, darf sich nun fragen: So what? Was hat's gebracht?

Wenn das Volk am Wahltag als Volker und Susi, als Markus und Marina ihre Stimme »abgeben«, so tun sie dies wortwörtlich: Sie suchen jemanden, den sie beauftragen, ihre Interessen auf der Ebene des parlamentarischen Systems auf Zeit zu vertreten. Sie erwarten nicht viel und kriegen oft noch weniger, weshalb sie dann auch oft geneigt sind, einfach der Wahl fernbleiben. Sie haben dann keinen glaubwürdigen Vertreter gefunden. Man braucht sich dabei überhaupt nicht wundern: Es existieren sowohl eine verbreitete Politik- bzw. Parteienverdrossenheit als auch große Wählerfluktuationen in Dimensionen, die in Bezug auf künftige Wahlen keinerlei Sorglosigkeit zulassen (siehe Anhang, Tabellen 1 bis 3). Ersteres muss die davon ebenfalls betroffene PDS darauf verweisen, sehr gründlich über den eigenen Politikstil nachzudenken. Der zweite Faktor unterstreicht, dass Wahlen in der Tat bis zur Stimmabgabe »offen« sind (siehe Anhang, Tabelle 3). Ein beträchtlicher Teil der Wähler entscheidet erst sehr kurz vorher oder sogar am Wahltag, wen er wählt. Dieser Umstand belegt auch, dass das fast hypnotische Starren auf aktuelle Umfragen (die ja faktisch nur Netto-Werte vermitteln) ohne Orientierungen auf Motive, Einstellungen etc. an der Realität vorbei laufen kann. Drittens sollten vorhandene Illusionen über den »Stammwählerbestand« der PDS zu Grabe getragen werden. Gerade infolge der erreichten relativ hohen Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern hatte sie viele für sich gewonnen, die sie auch wieder verlieren kann.

Die veränderte Lage muss zur Kenntnis genommen werden

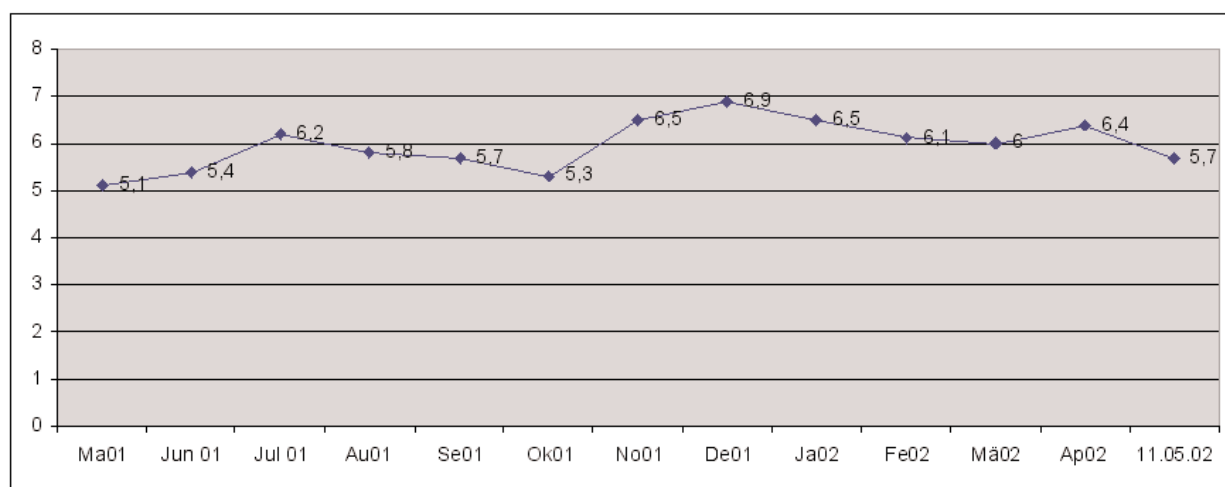
Die Bundestagswahlen des Jahres 2002 finden in einem gegenüber 1994 oder 1998 stark veränderten Umfeld statt. Die PDS muss diesen Veränderungen Rechnung tragen, hat aber nach 1998 eher ein Weiter-So praktiziert. Zwei solcher Veränderungen seien genannt:

Erstens: Das Projekt der Neuen Mitte, der Dritten Wege oder auch eines gemäßigten Konservatismus hat sich in den USA wie auch in Europa als nicht stabil erwiesen. Wurden erst die Konservativen abgewählt, so hat es seit Ende der neunziger Jahre immer neue sozialdemokratische Regierungen erfasst. In der sozialen Frage waren dies alles Projekte, die rechts von der Mitte lagen. Von der Farbe Rosa keine Spur. Es verwundert deshalb nicht, dass die SPD in Umfragen zwischen 1998 und 2002 auf verschiedenen wichtigen sozialen Feldern Verluste bei der Kompetenzzuschreibung hinnehmen musste (siehe Anhang, Tabelle 7).

Eine Orientierung auf ein Bündnis mit der SPD erscheint in diesem Zusammenhang in doppelter Hinsicht falsch. Sie ist strategisch falsch, da die programmatischen Gemeinsamkeiten zwischen der SPD auf Schröder-Kurs und der PDS minimal sind im Vergleich zu den Gemeinsamkeiten zwischen SPD und CDU/CSU, F.D.P. und Bündnis 90/Die Grünen, also zwischen allen anderen Parteien im Bundestag. Es gibt kein gemeinsames Projekt, das SPD und PDS gemeinsam stabil tragen könnten, sondern höchstens taktische Kooperation.

Dies stellt eine Veränderung gegenüber 1998 dar. Damals war die SPD mit einer Doppelspitze Schröder und Lafontaine in den Wahlkampf gegangen. Sie trat

Übersicht 1: Aussagen zur PDS in der »Sonntagsfrage im Zeitverlauf« (Angaben in %)



Quelle: Resultate aller verfügbaren Meinungsumfragen, eigene Berechnungen.

buchstäblich janusköpfig auf: Während das Herz des einen links schlug, suchte der andere den Schulterchluss mit den Bossen. Im Jahre 2002 hat die SPD nur noch einen Kopf und der steht für ein gemäßigt neoliberales Projekt.

Es ist aber nicht nur das Fehlen eines gemeinsamen strategischen Projekts zwischen SPD und PDS, dass der PDS selbst den Ansatz eines Zusammengehens mit der SPD gegenwärtig nicht opportun erscheinen lassen sollte. Auch die taktische Kooperation scheint problematisch: Die PDS könnte sonst in den Abwärtstrend der SPD geraten und für ein Projekt mit abgestraft werden, dass sie selbst nicht trägt und auch nicht getragen hat. Obwohl sie von der SPD weit links liegen gelassen wurde, würde sie dann die Quittung für deren Mitte-Rechts-Politik bekommen.

Wie die jüngsten Analysen von Emnid zeigen, gibt es für wichtige Mitte-Rechts-Projekte von SPD/Grünen und CDU/CSU und F.D.P. gleichermaßen keine Mehrheiten. Dies betrifft u. a. die Einführung eines Niedriglohnssektors genauso wie die einfache Zusammenlegung von Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe.¹ Die Rezepte der herrschenden Eliten stehen im Widerspruch zu den stabilen Erwartungen breiter Schichten der Bevölkerung und im besonderen zu den Einstellungen der potenziellen PDS-Wähler. Würde die PDS signalisieren, dass sie sich den genannten Rezepten annähert, würde sie ihre Stammwähler demobilisieren, Wechselwähler abschrecken und Nichtwähler gar nicht erst erreichen. Sie könnte sogar die Mitgliedschaft der eigenen Partei demotivieren, sich im Wahlkampf zu engagieren.

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt war nicht nur das Ende des »Magdeburger Modells«, sondern ebenso – bestimmt durch den Willen der Bürgerinnen und Bürger – das Zeichen für das unmissverständliche Scheitern der dortigen Rot-Rot-Option. Dafür sprechen klare Fakten: SPD und PDS haben in Sachsen-Anhalt zusammen ca. 135 Tsd. Stimmen gewonnen (von Parteien, Nicht- und Erstwählern), aber gleichzeitig gegenüber 1998 allein an andere Parteien und Nichtwähler 417 Tsd. Stimmen (etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten) verloren (siehe Anhang Tabellen 1 und 2). In 48 der 49 Wahlkreise siegten die CDU-Kandidaten – zumeist mit beachtlichem Vorsprung. Wenn man Rot-Rot (und eine starke PDS) wirklich gewollt hätte, dann wäre die PDS allein durch die 58 Tsd. Wählerinnen und Wähler, die sie absolut 2002 gegenüber 1998 verloren hat, auf einen Stimmenteil von mindestens 25 Prozent gekommen.

Teile der PDS-Führungen haben den oben genannten Veränderungen vor dem Wahlparteitag in Rostock Rechnung getragen und die Präambel des Wahlprogramms noch einmal geändert. Dort heißt es nun ein-

deutig: »Die PDS hat viel geleistet, um Voraussetzungen für eine politische und gesellschaftliche Alternative zu schaffen. Auf Seiten der Sozialdemokratie bestehen diese Bedingungen jedoch ganz offenkundig noch nicht. Deshalb kann es für die PDS gegenwärtig keine andere Entscheidung geben: Sie geht als oppositionelle Partei gegenüber der jetzigen Regierungspolitik und deren allzu ähnlichen konservativen Alternativen in den Bundestagswahlkampf 2002 und in die neue Legislaturperiode. Das sollen die Wählerinnen und Wähler wissen. Darauf können sie sich verlassen.«²

Aber allein der Fakt, dass es dieser Veränderung bedurfte und die Tatsache, dass schon auf dem Parteitag wichtige Vertreter der PDS scheinbar doch »alles« offen ließen, erzeugte in der Öffentlichkeit Misstrauen. Eine Partei wird aber nur dann gewählt, wenn ihr vertraut wird. Da die Wählerinnen und Wähler sie nach der Wahl als »Repräsentanten« der Wähler, die aber dann in der Regel nur ihren Parteien gegenüber verantwortlich sind, ja nicht kontrollieren können, ist jeder Eindruck taktischer Spiele und jäher Wendungen kontraproduktiv. Strategische Unschärfe und taktische Unglaubwürdigkeit könnten zusammen sogar den Wiedereinzug der PDS in den Bundestag gefährden.

Zweitens: Das politische System in Deutschland krankt an seinen Akteuren. In einer Blockade-Situation, die vom parlamentarischen Kräfteverhältnis der großen Parteien her an ein »Patt« erinnert, gehen keine wesentlichen Impulse für ein neues Gesellschaftsprojekt mit »Aufbruchcharakter« aus. Im Ganzen scheint ein Szenario des »Durchwurstelns« mit Verstärkung konservativer Elemente vorzuliegen. Dies vermehrt Enttäuschungen in der Bevölkerung und verstärkt die durch Affären ohnehin angegriffene Legitimation politischer Akteure. Seit etwa 1999 ist – empirisch nachweisbar – eine Politik- und Parteienverdrossenheit entstanden, die bis weit in die »Mitte« der Gesellschaft reicht und die als sehr ernst zu bezeichnen wäre.

Als negative Erfahrungen der PDS aus den Wahlen in Sachsen-Anhalt können gelten: Im Ganzen erfolgte eine zu geringe Artikulation der tatsächlich vorhandenen Probleme und Frustrationen in der Bevölkerung. Wie die aktuellen Analysen zeigen, wurden die Wahlen durch Hoffnungen in Bezug auf die Themenfelder »Wirtschaftspolitik« und »Arbeitsmarktpolitik« entschieden – beides Gebiete, auf denen die PDS-Angebote bzw. Botschaften der Partei schwach waren (siehe Anhang, Tabellen 4 und 5). Gleichzeitig hat die PDS offensicht-

2 Siehe Wahlprogramm der PDS, Präambel. www.pds-online.de

3 Den umstrittenen Begriff »Mitte« verwendet der Autor im soziologischen Sinne: Durch die Erfassung von breiten Teilen der Gesellschaft, die zu materiell und/oder wertgeleitet »Betroffenen« des Neoliberalismus geworden sind (Merkmale: Lebenslage-Faktoren, reflektierte Unsicherheit, besondere politische Einstellungen). »Links« oder »Unten« steht gleichermaßen für den »plebejischen Blick« auf die Gesellschaft.

1 Wochenumfrage von Emnid, 11. Mai 2002, siehe www.n-tv.de.

lich auch mit Rücksichtnahme auf den angestrebten Koalitionspartner und angesichts der Tatsache, dass sie selbst die SPD acht Jahre als Regierung toleriert hat, es nicht vermocht, Unzufriedenheit von links mit der notwendigen Klarheit zum Ausdruck zu bringen.

Es muss von einem »unscharfen« (besser: unscharf gewordenem) Profil der PDS gesprochen werden, bei dem sich insbesondere die »Protest-Komponente« deutlich zurückentwickelt hat. Ebenfalls durch Analysen belegt ist der Umstand, dass es bis Anfang März 2002 in Sachsen-Anhalt etwa 15 bis 20 Prozent der Wahlberechtigten gab, die Protest artikulierten, von der Wahlabsicht her unentschieden waren, gleichzeitig aber der PDS gute Images zugeschrieben (siehe Anhang, Tabelle 6). Dies hätte der Partei zu einem Stimmanteil in der Größenordnung von 25 Prozent verhelfen können.

Die Bedeutung einer linken Artikulation von Protest, von offener Kritik des herrschenden Elitismus und seiner so genannten Sachzwanglogik ist auch deshalb gegeben, weil sonst der Rechten das Feld überlassen wird: Der rechtsnationalistische und rechtskonservative bis rechtsextreme Populismus zieht seine Stärke vor allem daraus, dass er ignorierte Positionen gerade der »einfachen Leute« zur Sprache bringt, Positionen, die der elitäre Konsens der Sachzwänge und politischen Korrektheit verdrängt hat. Es sind nicht zuletzt die Verlierer einer neoliberalen Globalisierung und Europäisierung, die sich hier vertreten fühlen. Wieder einmal gelingt es der Rechten, wahlpolitisch beträchtliche Protestpotenziale an sich zu binden. Die Schwäche der Linken, glaubwürdig sozialen Protest zu artikulieren und wirksam in das politische System einzubringen, ist die Stärke der extremen Rechten.

Während es rechte Parteien sind, die den Frust bündeln, sind auf der linken Seite die Parteien vielfach geschwächt. Soziale Bewegungen haben seit 1999 die Straßen besetzt. In Italien sind die Gewerkschaften zur wichtigsten Oppositionskraft geworden. In Frankreich wurde bei den Präsidentschaftswahlen durch die Zerstrittenheit der Linken ein Mitte-Links-Bündnis zu Fall gebracht. Die neuen sozialen Bewegungen misstrauen den Parteien und stehen mehrheitlich jedem Versuch der Reformierung von oben durch den Staat zutiefst skeptisch bis feindlich gegenüber. Eine linke Partei, die sich nicht als glaubwürdiger Partner dieser emanzipativen Bewegungen zu erweisen vermag, wird als Teil des Establishments angesehen und nicht durch die Anhänger dieser Bewegungen gewählt werden.

Die strategische Schwäche der PDS

Anders als noch vor Jahren müssen sich die Ergebnisse der PDS bei der so genannten Sonntagsfrage durch Wahlen keinesfalls automatisch nach oben korrigieren,

wie die Wahl in Sachsen-Anhalt beweist. Die Stammwählerschaft liegt bestenfalls bei 50 Prozent und selbst diese muss mobilisiert werden. Auch sie steht teilweise misstrauisch der eigenen Stammpartei gegenüber.

Die PDS muss deshalb dringend auf mehreren Feldern Veränderungen herbeiführen. Das betrifft vor allem:

Erstens ihre Erkennbarkeit, ihr eigenes Profil als Projekt in deutlichem Unterschied zu anderen Parteien. Weit entfernt von jedem Elitarismus oder Avantgardismus muss sie zeigen, dass sie nicht nur »das Schlimmste/die schlimmen Folgen« anderer Politiken einschränkt, sondern dass sie ein eigenes soziales und demokratisches sowie ziviles Projekt hat!

Zweitens ihre Erkennbarkeit in Bezug auf Sorgen, Nöte und Wünsche vieler »einfachen« Bürgerinnen und Bürger. Ein spezifisches »Produkt« des Projektes PDS muss und kann es sein, dass die PDS Widersprüche ausspricht, in die Öffentlichkeit bringt und skandalöse Verhältnisse aufdeckt. Das »Protest-Potenzial« ist weiterhin immens (über 20 der Wahlberechtigten). Wenn die PDS ihr Profil verwischt, wird es sich rechtspopulistisch und/oder bei den Konservativen binden (siehe Anhang, Tabelle 6).

Drittens ihre Erkennbarkeit durch die Erlebbarkeit in Aktionen. Die »Kampagnen-Tätigkeit« der PDS ist seit Jahren einer ihrer schwachen Punkte. Die Mobilisierung im Zusammenhang mit den Kriegen der Bundesrepublik gegen Jugoslawien und im Mittleren Osten hat diesen Tatbestand etwas relativiert. Diese Schwäche ist um so dramatischer, da gerade die PDS es mit ausreichend Themen zu tun hat, um den Slogan »Reclaim the street!« auf ihre Art mit Leben zu erfüllen.

Der Gebrauchswert der PDS – ein neues strategisches Projekt

Insgesamt stellt sich also die Frage: Wie und mit welchen Inhalten kann das »Projekt PDS« auf lange Sicht im Rahmen der bundesdeutschen Gesellschaft (und mindestens mit europaweitem Blick) klarer profiliert werden? Die dabei zu entwickelnden Grundpositionen müssen den realen Konfliktlinien in modernen Gesellschaften entsprechen, Stringenz aufweisen sowie verständlich/vermittelbar und kompatibel mit praktischer Politik (den inneren Zustand der PDS einschließend) sein.

Strategische Überlegungen sollten über Legislaturperioden hinaus reichen und die Dialektik sozialer Zeit (in der Verschränkung von Prozessketten sozialer und politischer Vorgänge) berücksichtigen. Inhaltlich steht die PDS vor der Aufgabe, an der Profilierung eines Projektes über gegenwärtige Konstellationen hinaus (auf die SPD bezogen: an einem »Post-Schröder-Projekt«) zu arbeiten.

Für ein solches Vorhaben bieten sich Überlegungen an, die mitunter an den Begriff der »Mitte-Unten-Option« (»Mitte-Links-Mehrheit«, »Soziale Mehrheit«) gebunden sind.³ Nicht selten wird eine solche Kategorie verengt nur auf Koalitionsvarianten bezogen. Vom Kern her geht es aber um ein neues politisches (aber nicht nur auf das politische System im engeren Sinne bezogenes) Kräfteverhältnis bei der Gestaltung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, für größere Möglichkeiten in Bezug auf Selbstorganisation der Bürger und »Demokratie von unten« sowie für eine neue Festlegung der Außenpolitik in Richtung auf friedliche Konfliktbehandlung.

Die Herausbildung einer »Mitte-Unten-Option« betrifft in erster Linie folgende Schwerpunkte und Dimensionen: *»Mitte-Unten-Option« (»Soziale Mehrheit«) als kulturelles Projekt und als Leitbild.*

Entscheidende kulturelle Aufgabe der »Mitte-Unten-Option« ist es, einen Wandel in der öffentlichen Meinung und in den alltagskulturellen Vorstellungen vieler Menschen anzuregen und zu befördern. Dieser kulturelle Wandel betrifft vor allem eine konsequente Verurteilung des Krieges als Mittel der Politik und eine Neubestimmung des Verhältnisses von »Markt« und »Bürgergesellschaft«. Dies zielt auf eine Wirkungsbegrenzung der Profitdominanz und der »Kapitallogik« und auf das schrittweise Aufkommen einer »Soziallogik«.⁴ Sowohl in Übereinstimmung mit empirisch ermittelten Einstellungen vieler Menschen als auch mit programmatischen Vorstellungen der PDS wäre anzustreben, dass entscheidende »öffentliche Güter« nicht vorrangig durch die Marktgesetze beeinflusst sind, sondern allen Bürgerinnen und Bürgern als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben zu Verfügung stehen.⁵ Die bewusste Orientierung auf »Selbstorganisation« und Freiheit bei der Lebensgestaltung ist bei all dem unverzichtbar.

»Mitte-Unten-Option« (»Soziale Mehrheit«) als breites Aktionsbündnis verschiedenster Akteure.

Eine solche Zielstellung betrifft vor allem das aktive Verhalten der PDS im angestrebten Zusammenwirken von großen Organisationen (z. B. Gewerkschaften, Kirchen), sozialen Bewegungen, Verbänden oder Netzwerken. In welchen Formen sich künftig Aktionsbündnisse entwickeln, die eine »Mitte-Unten-Option« hegemonial werden lassen, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen.

Auf jeden Fall muss die PDS ihr Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen, insbesondere zu den globalisierungskritischen Akteuren, klarer festlegen. Hier bedarf es einer wirklichen Wende in Politikstil und Orientierung. Trotz anerkannter Bestrebungen ein-

zelter Personen und lokaler Verbände dominieren in der PDS bislang zwei Haltungen: Zum einen gibt es das mit verbalen Sympathieerklärungen umrahmte faktische Ignorieren der Bewegungen, teils aus Unsicherheit, bzw. Überforderungsangst, teils aus der machtpolitischen Sorge heraus, Anschluss an sehr kritische Positionen würde mögliche Koalitionspartner abschrecken. Zum anderen sind Absichten gegeben, man könne – alten revolutionstheoretischen Konzepten folgend – die neuen Akteure vereinnahmen und instrumentalisieren.

Beide Positionen sind falsch und auf Dauer für die PDS sehr gefährlich. Ebenso problematisch ist die in diesem Zusammenhang entwickelte Forderung, die PDS müsse sich selbst durchgängig in eine Bewegung »verwandeln«. Erkenntnisse der modernen Bewegungsforschung verweisen darauf, dass die produktivsten Beziehungen zwischen Parteien und Bewegungen auf Selbstständigkeit und »Tausch« beruhen.⁶ Dies würde für die PDS in der Zukunft dringend erforderlich machen:

- nachhaltige öffentliche Positionsbestimmung zu den Bewegungen, Initiierung inner- parteilicher Debatten;
- Erweiterung des Wissens über Inhalt und Probleme moderner sozialer Bewegungen;

- intensiver Kontakt- und Informationsaustausch;

- eigenständige thematische Aktionen (durchaus in Parallelität zu Bewegungen);

- personengebundenes Engagement in Bewegungen und Vermittlung von Erfahrungen innerhalb der PDS.

»Mitte-Unten-Option« (»Soziale Mehrheit«) als mögliches direktes Bündnis von politischen Parteien, auch in Form von Koalitionen.

Inwieweit es zu solchen Bündnissen kommt, muss ebenfalls die Zukunft zeigen. Sie machen nur dann Sinn, wenn sie tief in der Gesellschaft verankert sind, durch ein breites Aktionsbündnis über längere Zeit getragen werden und von den Beteiligten als strategisches Projekt akzeptiert werden, das auch stärkeren Belastungen stand hält. Bereits heute aber könnte auch die PDS dem Problem »Koalition« der Nimbus von »Geheimverhandlungen« nehmen – durch ein größeres Maß an Öffentlichkeit, darunter durch genauere öffentliche Erklärungen und Angebote.

Die hier vorgestellten Überlegungen bleiben skizzenhaft. Als wichtige Arbeitsaufgabe eines strategischen Zentrums innerhalb der PDS stellt sich dar, einen Komplex von Einzelprojekten zu den Themen »Friedliche Konfliktlösungen«, »Soziale Sicherheit«, »Arbeit« und »Erweiterte Partizipation/Selbstorganisation« so auszuarbeiten und zu verbreiten, damit sie über längere Zeit zu Diskussionsgegenständen werden können.

4 Siehe Dieter Klein: »Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt«. Berlin 2002.

5 Siehe Michael Chrapa »Freiheitsgüter als Werte und Motivation«. Studie. Berlin/Halle 2002.

6 Siehe Joachim Raschke: Machtwechsel und soziale Bewegungen. In: Ansgar Klein/Hans-Josef Legrand/Thomas Leif: Neue soziale Bewegungen. Opladen 1999, S. 84.

Der Wahlkampf läuft – die Uhr tickt

Wählerinnen und Wähler sind weder an den inneren Streitigkeiten einer Partei noch an internen Prognosen oder Zahlenspielen sonderlich interessiert. Sie erwarten klare Botschaften und Aktion. Die PDS hätte die besondere Chance, auf die Schlüsselworte »Öffentlichkeit« und »Sinnlichkeit« zu setzen. Sie muss ihren Wahlkampf in den Monaten Juni bis September 2002 unüberhörbar und unübersehbar entfalten, wenn sie ihre möglichen Wählerinnen und Wähler mobilisieren will. Vier Momente scheinen hier besonders wichtig zu sein: Erstens müsste es um die Präsenz der PDS in der »Vielfalt der Öffentlichkeiten« gehen. Dies betrifft sowohl die Medien als auch – und vor allem – Straßen, Plätze, Begegnungen, Feste, Demonstrationen u.v.a.m. Plakate und andere Werbemittel können Aufmerksamkeit binden und auf die PDS richten – die entscheidenden Botschaften aber werden über Menschen, über Gespräche und Argumentationen vermittelt.

Zweitens hat die PDS allen Grund, selbstbewusst Protest zu artikulieren. Das Motto ihres Wahlprogramms »Es geht auch anders!« weist in diese Richtung. Das Eintreten für Alternativen – für Umverteilung, gegen realen und drohenden Krieg – fordert den kulturvollen, emotionalen und energischen Protest gegen den Geist herrschender Politik geradezu heraus. Dieser Protest, auch mit Witz, Ironie und beißender Satire garniert, kann viele Menschen ermuntern und ihnen Mut machen. Die Akteure der globalisierungskritischen

Bewegung haben dies an zahlreichen Orten demonstriert.

Drittens steht die Orientierung auf Protest durchaus in keinem unüberbrückbaren Gegensatz zur Positionierung der PDS in den Regierungen zweier Bundesländer. Doch auch hier warten viele Wählerinnen und Wähler auf weitere Botschaften: Was tut die PDS dort? Wie geht es weiter – wirtschaftlich, sozial und in Hinsicht auf die Beziehungen der Koalitionspartner? Für den Wahlkampf der PDS auf Bundesebene können deshalb Signale aus Mecklenburg-Vorpommern und vor allem Berlin sehr bedeutsam sein.

Viertens muss sich die PDS gerade im Wahlkampf über ihren Stil der Außenartikulation klar werden. Einer Partei, die sich als sozialistisch definiert, stehen auch selbstkritische Wertungen in der Öffentlichkeit gut zu Gesicht. Spielerei mit den kleinsten Prozenten werden Wählerinnen und Wähler kaum honorieren: Sie kennen so etwas nur zu gut, aus verschiedenen Erfahrungen und geschichtlichen Zusammenhängen heraus.

Obwohl die PDS auf absehbare Zeit eine »kleine« Partei bleiben wird, hat sie – potenziell – große Chancen, in mancher Hinsicht größere sogar als 1998. Allerdings sind dies ganz andere Chancen als die von Bündnis 90/Die Grünen oder der FDP. Es wird sich zeigen, was die Partei aus dem Spektrum ihrer Möglichkeiten realisieren kann. Die in den 1980er Jahren, in der Endzeit der DDR, mitunter beschworene Zeile eines bekannten Songs »Mit dem Gesicht zum Volke« hat heute für die PDS mehr denn je Gültigkeit.

Anhang: Ausgewählte Datensätze

Tabelle 1: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, 21. April 2002: Wählerstromkonto der PDS
(In Tausend Stimmen, gerundet)

	Zustrom	In %	Abstrom	In %
Austausch mit ...				
SPD	35	14,8	12	4,1
CDU	3	1,3	13	4,4
DVU	12	5,1	0	0
FDP	0	0	11	3,8
SCHILL	0	0	4	1,4
Andere	5	2,1	5	1,7
Summe über Parteien	(55)	(23,3)	(45)	(15,4)
Nichtwähler	7	3,0	58	19,8
Erstwähler/Verstorbene	11	4,7	16	5,5
Zu-/Fortgezogene	6	2,5	16	5,5
Wählerströme gesamt	(79)	(33,5)	(135)	(46,2)
Wählerstamm	157	66,5	157	53,8
Wählerstimmen 2002 und 1998	236	100	292	100

Quelle: dimap-Studie, S. 34, eigene Berechnungen.

Quelle für Tabellen 1 bis 5: Studie: Infratest dimap Wahlreport. Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. 21. April 2002. Berlin 2002.

Tabelle 2: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, 21. April 2002: Wählerstromkonto der SPD
(In Tausend Stimmen, gerundet)

	Zustrom	In %	Abstrom	In %
Austausch mit ...				
CDU	5	2,1	101	18,8
PDS	12	5,2	35	6,5
DVU	21	9,0	0	0
FDP	1	0,4	44	8,2
SCHILL	0	0	10	1,9
Andere	6	2,6	9	1,7
Summe über Parteien	(45)	19,3	(199)	37,1
Nichtwähler	7	3,0	115	21,4
Erstwähler/Verstorbene	10	4,3	36	6,7
Zu-/Fortgezogene	7	3,0	23	4,3
Wählerströme gesamt	(69)	29,6	(373)	69,5
Wählerstamm	164	70,4	164	30,5
Wählerstimmen 2002 und 1998	233	100	537	100

Quelle: dimap-Studie, S.33, eigene Berechnungen.

Tabelle 3: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, 21. April 2002: Zeitpunkt der Wahlentscheidung
(Angaben in Prozent, gerundet)

	Am Wahltag	Während der letzten Tage	In den letzten Wochen	Vor längerer Zeit	Wähle immer dieselbe Partei
Alle	13	15	17	31	18
SPD	14	14	13	30	23
CDU	12	13	15	34	19
PDS	9	12	15	35	25
FDP	15	24	27	25	6
B/Gr	17	23	15	27	14
Schill	11	29	36	28	(1)

Quelle: ARD/Infratest dimap Wahltagsbefragung. In: dimap-Studie, S. 21.

Tabelle 4: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, 21. April 2002: Wahlentscheidende Themen in Wählergruppen
(Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent, gerundet.)

	Wirtschafts-politik	Arbeitsmarkt-politik	Soziale Gerech-tigkeit	Schul-/Bildungs-politik	Aus-länder-politik	Verbrenns-be-kämpfung	Umwelt-politik	SPD-Spenden-affäre	Verkehrspolitik
Alle Wähler von	45	37	28	15	10	8	6	4	3
SPD	36	28	36	11	7	9	8	2	5
CDU	59	42	16	12	11	8	3	4	2
PDS	27	37	51	19	7	6	4	4	2
FDP	58	42	19	20	6	6	3	3	3
B/Gr	17	14	22	18	12	1	66	2	6
SCHILL	33	37	20	12	38	32	2	6	4
Wechsler von and. Parteien									
zur CDU	64	47	16	12	10	7	3	5	2
zur FDP	62	43	20	20	8	5	4	4	3
zu SCHILL	35	35	20	11	39	34	2	7	4
Abgänge von									
SPD	54	45	26	15	8	8	5	6	2
DVU	49	37	21	8	20	12	5	6	3

Quelle: ARD/Infratest dimap Wahltagsbefragung. In: dimap-Studie, S. 17.

Tabelle 5: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, 21. April 2002: Bedeutung von Kandidat, Themen und Parteienbindung für die Wahlentscheidung (Angaben in Prozent, gerundet)

	Spitzenkandidat der Partei	Lösungsvorschläge für Sachfragen	Langfristige Parteienbindung
Alle Wähler von	20	49	19
SPD	27	31	28
CDU	20	47	19
PDS	13	55	21
FDP	23	58	10
B/Gr	7	58	21
SCHILL	13	71	5
Wechsler von anderen Parteien			
zur CDU	25	56	9
zur FDP	25	63	7
Abgänge von			
SPD	22	63	6
DVU	24	50	15

Quelle: ARD/Infratest dimap Wahltagsbefragung. In: dimap-Studie, S. 19.

Tabelle 6: Halle 2002: Images der PDS und Differenzierung nach Wählergruppen (Angaben in Prozent, gerundet)

	Ges	Fr	EW	PW	Dist	Unent	WW	NW
Setzt sich für Ostdeutschland ein	47	<u>44</u>	36	<u>52</u>	<u>50</u>	49	<u>51</u>	<u>37</u>
Tritt für soziale Gerechtigkeit ein	40	<u>36</u>	23	<u>44</u>	<u>40</u>	38	<u>37</u>	<u>24</u>
Vertritt richtige Außenpolitik	31	<u>28</u>	<u>26</u>	<u>35</u>	<u>35</u>	<u>26</u>	<u>27</u>	20
Hat gute Politiker/innen	29	28	21	<u>32</u>	19	<u>26</u>	<u>24</u>	14
Engagiert sich für Demokratie von unten	24	9	12	7	6	<u>20</u>	6	3
<i>Ergebnis LTW 1998 Halle = 23,3%</i>								
Ist gegenüber Bürgern aufgeschlossen	22	19	17	<u>25</u>	13	19	17	14
Sollte mehr Einfluss haben	21	20	12	<u>27</u>	16	18	18	13
Steht für gute Schul-/Bildungspolitik	18	17	12	<u>22</u>	13	15	<u>22</u>	8
Vertritt meine Interessen	17	16	14	<u>20</u>	(0)	8	9	11
Hat richtige Positionen zu »Ausländern«	16	17	<u>23</u>	15	11	11	9	11
Hat zukunftsorientierte Ideen	16	15	9	<u>19</u>	7	10	17	10
Kann etwas gegen Arbeitslosigkeit tun	9	9	8	<u>11</u>	3	3	9	5
Vertritt gute Wirtschaftspolitik	9	8	3	<u>11</u>	5	7	10	2
Hat Konzepte für innere Sicherheit	8	8	5	7	3	3	6	5
Engagiert sich für Umweltschutz	7	7	3	6	4	8	4	0
Kann wirklich etwas verändern.	7	6	<u>11</u>	8	2	2	9	2

(Fr = Frauen, EW = Erstwähler, PW = Protestwähler (29,6%), Dist = Distanzierte, Unent = Unentschlossene, WW = Wechselwähler, NW = Nichtwähler. Unterstreichungen = Besondere Abweichung)

Quelle: FOKUS-Studie BLITZLICHT in Halle (Februar 2002), S. 34.

Tabelle 7: Parteien-Images im Zeitverlauf (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent, gerundet)

Diese Partei ...	Ost			West			
	1998	2000	2001	1998	2000	2001	
Hat zukunftsorientierte Ideen	PDS	13	25	16	2	7	4
	SPD	26	28	17	37	37	17
	Keine	20	22	26	17	20	29
		1998	2000	2001	1998	2000	2001
Hat gute Politiker/innen	PDS	24	25	25	3	7	8
	SPD	41	32	32	41	44	39
	Keine	16	22	26	19	19	23
		1998	2000	2001	1998	2000	2001
Steht für gute Wirtschaftspolitik	PDS	8	12	12	1	1	2
	SPD	36	26	26	37	37	30
	Keine	19	27	24	16	20	21
		1998	2000	2001	1998	2000	2001
Vertritt richtige Außenpolitik	PDS	4		26	0		9
	SPD	23		40	33		47
	Keine	16		10	14		7
		1998		2001	1998		2001
Hat gute Konzepte für innere Sicherheit	PDS	7		11	1		2
	SPD	19		22	27		20
	Keine	25		27	19		26
		1998		2001	1998		2001
Tritt für sozial Schwächere ein	PDS	48		36	10		13
	SPD	45		20	63		29
	Keine	6		17	12		23
		1998		2001	1998		2001
Setzt sich für Menschen in Ostdeutschland ein	PDS	63		47	41		35
	SPD	21		12	26		22
	Keine	6		15	11		13
		1998		2001	1998		2001
Ist für Demokratie von unten	PDS	25		29	7		8
	SPD	27		10	35		14
	Keine	16		21	14		28
		1998		2001	1998		2001

Quellen/Erhebungsinstitute: 1998 = Info-Institut Berlin, 2000 = Emnid (im Auftrag von FOKUS/SocialData), 2001 = FOKUS